

Die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA stoppen - Kommunale Daseinsvorsorge schützen!

Beschluss des 8. Landesparteitages der LINKEN. Hessen

Die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA werden, sofern sie umgesetzt werden, alle Bereiche unseres Lebens verändern. Es handelt sich um einen Angriff auf Demokratie und Sozialstaat. Durch die Freihandelsabkommen drohen Verschlechterungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für Umwelt- und Verbraucherstandards. Transnationale Konzerne sollen Staaten vor Sonderschiedsgerichten auf entgangenen Gewinn verklagen können. Damit werden Konzerne Staaten gleichgestellt, die Konzerne gewinnen noch mehr Einfluss auf politische Entscheidungen. Es ist kein Zufall, dass die Staaten, die an den Verhandlungen über TTIP beteiligt sind, fast Deckungsgleich mit den Mitgliedsstaaten der NATO sind. Das Freihandelsabkommen soll deren Ziele mit Mitteln der Handelspolitik gegen Schwellenländer wie China, Brasilien oder Indien, aber auch gegen Entwicklungsländer durchsetzen.

Die öffentliche Daseinsvorsorge und die kommunale Infrastruktur in unseren Städten und Gemeinden sind bedroht, etwa in den Bereichen Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, soziale Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, öffentlicher Nahverkehr und Wasserversorgung. Es wäre nicht mehr möglich, einmal privatisierte Krankenhäuser oder Wasserwerke wieder in öffentliches Eigentum zu überführen.

Die neoliberale „Logik“, öffentliche Dienstleistungen zu liberalisieren und öffentliches Eigentum zu verkaufen führt immer zu einer spürbaren Verschlechterung öffentlicher Leistungen. Ob beim Nahverkehr, bei der Stromversorgung oder bei der Abfallbeseitigung: Die privaten Unternehmen haben Gebühren erhöht, Arbeitsbedingungen verschlechtert, Personal abgebaut und den Service für die Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt, um höhere Profite zu erzielen. Die demokratische Mitbestimmung durch gewählte Mandatsträgerinnen und -träger wurde beschnitten. Die negativen Erfahrungen haben dazu geführt, dass vielfach Bewegungen für die Rekommunalisierung öffentlichen Eigentums entstanden sind und sich zunehmend mehr Bürgerinnen und Bürger gegen den Verkauf von öffentlichem Eigentum wehren.

DIE LINKE. Hessen stellt sich dem Ausverkauf unserer kommunalen Infrastruktur auch durch die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA entgegen. Öffentliche Einrichtungen dürfen nicht dem Profitstreben transnationaler Konzerne zum Opfer fallen.

DIE LINKE. Hessen wendet sich gegen die neoliberale Richtung solcher

Freihandelsabkommen und setzt sich für eine Rückführung (teil-)privatisierter Einrichtungen, Institutionen, Betriebe und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in öffentliche Verantwortung und öffentliches Eigentum ein. Die Versorgung der Bürger/innen mit so grundlegenden Gütern, wie Gesundheit, Bildung, Energie, Wasser, Nahverkehr und Wohnraum ist und bleibt eine öffentliche Aufgabe.

DIE LINKE. Hessen begrüßt, dass sich vielfach Städte, Gemeinden und Kreise und ihre Interessenvertretungen kritisch zu den Freihandelsabkommen positioniert haben und vor deren Folgen warnen.

DIE LINKE. Hessen wird die Kommunalwahlen 2016 nutzen, um in der Öffentlichkeit über die dramatischen Folgen der Freihandelsabkommen für unsere Städte, Kreise und Gemeinden zu informieren. Gemeinsam mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und vielen Bürgerinnen und Bürger werden wir weiter Widerstand von unten gegen Privatisierung und für die Verteidigung öffentlichen Eigentums organisieren.